

Die Schatten-Ministerinnen

Staatssekretariate Frauen stellen erstmals die Mehrheit in den Schlüsselpositionen des Bundes

VON SVEN ALTERMATT

Es war die Zeit der «mutigen Entscheidung», wie es die kürzlich abgetretene CVP-Bundesrätin Doris Leuthard formulierte. Nur einmal in der 171-jährigen Geschichte des Bundesstaats waren die Frauen im Bundesrat in der Mehrheit: Während 14 Monaten in den Jahren 2010 und 2011 sasssen vier Politikerinnen in der siebenköpfigen Regierung. Neben Leuthard noch Micheline Calmy-Rey (SP), Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Simonetta Sommaruga (SP). Just in dieser Ära bekam die Eidgenossenschaft auch erstmals eine Staatssekretärin. Im Februar 2011 wählte der Bundesrat die Diplomatin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch an die Spitze des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco).

Staatssekretäre sind die höchstrangigen Beamten und Diplomaten des Landes. Sie handeln völkerrechtliche Verträge aus, führen die wichtigsten Dossiers und können – im Gegensatz zu den Chefs eines Bundesamts – den Vertretern anderer Länder auf gleicher Stufe begegnen. Damit unterstützen sie den Bundesrat und bilden quasi die zweite Regierungsebene, ohne aber der Regierung formell anzugehören. Die Staatssekretäre werden deshalb schon mal als «Schatten-Minister» bezeichnet.

Vorreiterin Ineichen-Fleisch führt noch immer das Seco – inzwischen sind die Frauen im erlauchten Kreis der Staatssekretäre jedoch in der Mehrheit. Vier der sechs Schlüsselposten sind in weiblicher Hand, nachdem der Bundesrat soeben Daniela Stoffel zur Staatssekretärin für internationale Finanzfragen ernannt hat. Dazu kommen Pascale Baeriswyl, seit 2016 Staatssekretärin im Aussendepartement, und Martina Hirayama, seit kurzem neue Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation. Die beiden verbliebenen Männer sind Mario Gattiker, Staatssekretär für Migration, und Roberto Balzaretto, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten.

Während die angemessene Vertretung der Frauen im Bundesrat vor jeder Wahl ein grosses Thema ist und für unzählige Schlagzeilen sorgt, haben selbst Bundespolitiker noch nicht Notiz genommen



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Staatssekretärin für Wirtschaft.



Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation.



Pascale Baeriswyl, Staatssekretärin im Aussendepartement.



Daniela Stoffel, Staatssekretärin für internationale Finanzfragen.



Roberto Balzaretto, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten.



Mario Gattiker, Staatssekretär für Migration. FOTOS: KEY

von der Frauenmehrheit in den Staatssekretariaten. Maya Graf, grüne Nationalrätin und Co-Präsidentin des Frauenverbandes Alliance F, freut sich: «Es ist Normalität geworden, dass Frauen solch wichtige Posten übernehmen.» Immer mehr weibliche Vorbilder in der obersten Führungsriege hätten Signalwirkung, sagt Graf, «sowohl für Mitarbeiterinnen wie auch für Entscheidungsträger beim Bund und in der Wirtschaft».

Zuständig für heikle Dossiers

Als protokollarisch höhergestellte Amtsdirektoren tragen Staatssekretäre ihren Titel vornehmlich, um den Bundesrat bei internationalen Verhandlungen auf höchster Ebene vertreten zu können. Immer dann jedoch, wenn über

Regierungsreformen diskutiert wird, kommt die Frage auf, ob die Staatssekretäre die Bundesräte auch bei der Arbeit mit dem Parlament entlasten sollen. In den 2000er-Jahren scheiterte die Idee einer Zwei-Kreise-Regierung, wonach die Staatssekretäre als «Delegierte Minister» eine politische Funktion übernommen hätten. Bereits 1996 verwarf das Stimmvolk an der Urne den Vorschlag, dem Bundesrat systematisch bis zu zehn Staatssekretäre zur Seite zu stellen. Ein Komitee um SVP-Doyen Christoph Blocher kämpfte vehement dagegen.

Seit 2014 hat der Bundesrat immerhin offiziell die Möglichkeit, Amtschefs für «wichtige Aufgabenbereiche» den Titel «Staatssekretär» zu verleihen. Zuvor gab es keine explizite Gesetzesgrundlage;

der Bundesrat schuf die Staatssekretariate meist dann, wenn die Wogen in einem Dossier besonders hoch gingen. Bereits die beiden ersten Staatssekretariate für die politischen und wirtschaftlichen Aussenbeziehungen gründete er in den 1970er-Jahren vor allem deshalb, weil sich viele Probleme nicht mehr nur innenpolitisch lösen liessen.

Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen entstand 2010 während des Steuerstreits mit dem Ausland. 2014 wertete der Bundesrat das Migrationsamt zum Staatssekretariat auf, damit dessen Chef Mario Gattiker die Verhandlungen zur Personenfreizügigkeit führen konnte. Und seit 2018 koordiniert Roberto Balzaretto im Range eines Staatssekretärs die Verhandlungen mit der EU.

Adress-Chaos

Serafe wird einzige Anlaufstelle

Die Erhebungsstelle Serafe wird ab sofort zur zentralen Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Radio- und TV-Abgaben. Damit werden die Einwohnerkontrollen der Gemeinden nach der grossen Zahl von Reklamationen entlastet. Vertreter des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom), von Serafe, des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) sowie Vertreter von Gemeinden und Kantonen haben eine Zwischenbilanz gezogen und Massnahmen erarbeitet, um die Einwohnerkontrollen zu entlasten, wie das Bakom mitteilte. Die Einführung der neuen Radio- und TV-Abgabe hatte zahlreiche Fragen aufgeworfen, die nicht immer an die richtigen Ansprechpersonen gestellt wurden. Der VSED hatte bemängelt, dass die Serafe AG die Januarrechnungen nicht gemäss den aktuellsten Adressdaten der Einwohnerregister verschickt hatte. Dies führte zu vielen Reklamationen bei den Einwohnerdiensten. Diese sahen sich aber auch mit Fragen zu Fristen, Ratenzahlungen, Befreiungsanträgen und anderes mehr konfrontiert, wofür die Serafe zuständig ist. Insgesamt habe der Anteil der fehlerhaften Rechnungen im Promillebereich gelegen, teilte das Bakom mit. An der Zusammenkunft wurde nun entschieden, dass ab sofort die Serafe Ansprechstelle für sämtliche Fragen zur Rechnung für die Radio- und Fernsehgebühr ist. Sämtliche künftigen Rechnungen werden mit dem entsprechenden Hinweis versehen. (SDA)

Die Autoren lehnen sich gegen Bibliotheken auf

Urheberrecht Bibliotheken sollen höhere Subventionen verlangen, statt bei den Entschädigungen der Autoren zu sparen. Dies fordern die Schweizer Autoren.

VON YANN SCHLEGEL

Die Faustregel ist einfach: Wenn Max Muster ein Buch liest und dafür einen Beitrag bezahlt, entschädigt er den Autor. Leih er das Buch kostenlos aus, geht der Autor in der Schweiz leer aus. In den meisten europäischen Ländern ist dies anders. Sie kennen seit 1993 das Verleihrecht. Dieses regelt, dass für jedes ausgeliehene Buch eine Gebühr an den Autor geht. Als der Bundesrat bei der Revision des Urheberrechtes vor rund drei Jahren ebenfalls eine Verleihgebühr einführen wollte, wehrten sich die Bibliotheken von Genf bis Romanshorn. Die Gebühr auf kostenlos ausgeliehene Bücher war in der Schweiz vom Tisch.

Der Verband der Autorinnen und Autoren der Schweiz (AdS) möchte seit vierzig Jahren eine Verleihgebühr, beugte sich aber dem Druck der Bibliotheken, die von der Politik stark gestützt sind. Autoren erhielten weiterhin einen Anteil für Bücher, welche Bibliotheken zu einer Gebühr ausliehen. Diese Praxis schreibt das Vermietrecht vor. «Das Vermietrecht war immer unbestritten», sagt AdS-Geschäftsführerin Nicole Pfister Fetz. Dass Bibliotheken nun dieses Grundprinzip

75

Prozent der Gelder, welche die Urheberrechtsgesellschaft Pro Litteris an die Schöpfer der Kunst bezahlt, bleiben in der Schweiz. In den letzten Jahren gingen die Urheberrechtsgelder stark zurück.

über den Haufen werfen wollen, sei schwer zu verstehen. Die Bibliotheken werden heute schweizweit mit rund einer halben Milliarde Franken subventioniert. «Sie wehren sich gegen einige hunderttausend Franken Urheberrechtsentschädigungen, also weniger als ein Viertelprozent der staatlichen Mittel an die Bibliotheken», sagt Pfister Fetz. Bibliotheken und Autoren sollten, so die Geschäftsführerin, besser ihre Kräfte bündeln und um bessere Budgets kämpfen.

Bibliotheken und Urheber leiden unter finanziellen Einschränkungen. Pro Litteris als Urheberrechtsgesellschaft, welche die Autoren vertritt, verzeichnete zuletzt stark rückläufige Einnahmen. Immer weniger Bücher und andere Medien wie DVDs gehen gegen eine Gebühr über den Tresen in der Bibliothek. Pro Litteris erhielt 2011 noch 415 000 Franken als Entschädigung der Urheber. Sechs Jahre später waren es bloss noch 150 000 Franken. Über die Eidgenössische Schiedskommission erwirkte Pro Litteris, dass die Autoren künftig an den Jahresbeiträgen der Bibliotheken mitverdienen. Der Geldtopf, aus welchem Pro Litteris die Autoren entschädigt, sollte wieder wachsen. Bibliotheken, die Vertreterin der Bibliotheken, sprach von einem Verleihrecht durch die Hintertür. In diesem Streit reagierten die Bibliotheken mit der Forderung an die Politik: Im Urheberrechtsgesetz, das sich in der parlamentarischen Beratung befindet, soll ein zusätzlicher Passus die Bibliotheken vor Abgaben auf Jahresbeiträge schützen. Das Vermietrecht, das den Urhebern die letzten Einnahmen garantiert, wankt.

Glosse

Skifahren ab jetzt nur noch mit Heli

Ein neues Angebot richtet sich an Wintersportler, die mit Auto und Heli direkt auf die Piste wollen. Das All-inclusive-Paket des Autovermieters Hertz beinhaltet einen Offroader der Luxusklasse für die Fahrt zum Heliport von Air Zermatt in Raron (VS), einen Helikopterflug mitten ins Zermatter Skigebiet auf 3500 Metern über Meer, Tageskarte und Skiausrüstung sowie eine Taxifahrt von Zermatt zurück zum Mietauto. Kostenpunkt pro Person: 333 Franken. Diese Gründe werden den letzten Skeptiker überzeugen:

■ **Ein sparsameres Auto** reicht natürlich nicht. Man gönnt sich ja sonst nichts. Warum also nicht auch einmal einen SUV mieten für die Fahrt ins Wallis. Dort liegen ja bekanntlich die Berge und da braucht es schon einen 4x4. Wie, Raron liegt unten im flachen Rhodental?

■ **Rechnen wir** etwas nach. Ich könnte ja auch ein Bahnbillet lösen. Snow'n'Rail-Angebote nach Zermatt gibt es keine. Das Mietauto muss zwar erstklassig sein, im Zug spare ich mir das 1.-Klasse-Ticket lieber, viel zu teuer! Also, aus dem Verbreitungsgebiet dieser Zeitung und mit dem Halbtax nach Zermatt Hin und Retour kostet mich mindestens 100 Franken. Die Skiausrüstung: gut und gerne 60 Franken. Tageskarte: 90 Franken. Ergibt 250 Franken. 80 Franken mehr und ich kriege einen Heli-Alpenflug und muss bei der Talstation nicht einmal anstehen.

■ **Unbezahlbar** sind die neidischen Blicke des Zermatter Skipöbels, der mit der Seilbahn auf den Berg gefahren ist. Und ich steige einfach mal cool aus dem Heli, ducke mich und beobachte, wie dieser über unsere Köpfe davonfliegt.

■ **In Zermatt** selbst fahren nur Elektrofahrzeuge herum. Sie sorgen für saubere Luft und eine gute Ökobilanz. Während alle Welt übers Klima spricht, gibt das doch Raum zur Kompensation! Und läppische 40 Flugkilometer mit dem Heli liegen allemal drin. Etwas Kerosin rausblasen, vom Taxi aus die Touristen beobachten, wie sie sich in die Eisenbahn zwängen.

Und sollten Sie nun noch fragen: Nein, das neue Angebot ist nicht ironisch gemeint. DANIEL FUCHS

NACHRICHT

KANTON ZÜRICH 90 Ehen pro Jahr mit Minderjährigen

Innerhalb von drei Jahren wurden im Kanton Zürich 281 minderjährige Bräute oder Bräutigame registriert. 263 Frauen unter 18 Jahren gingen zwischen 2015 und 2017 eine Ehe ein oder wurden im Kanton als verheiratet anerkannt, wie aus der Antwort der Zürcher Regierung auf eine Anfrage von SVP und EDU hervorgeht. Zu den häufigsten Herkunftsländern der minderjährigen Brautleute zählen Afghanistan, Eritrea, die Türkei und Kosovo. (SDA)

INSERAT

Überflüssig & unnützlich!

«Nein zur Zersiedlungsinitiative, weil ein absoluter Einzonungsstopp zu einem Mangel an Wohnraum führt.»

Radikale Zersiedlungs-Initiative NEIN

Ruth Humbel
Nationalrätin CVP/AG

HEV Schweiz
www.radikale-zersiedlungs-initiative-nein.ch
HEV Schweiz, Postfach, 8032 Zürich